Bernhard Schäfer
Weihnachts-Ausstellung
Pragerstraße 6.
Weihnachts-Ausstellung
Pragerstraße 6.

habe, und hatte an diese Mittheilungen verschiedene Folgerungen geknüpft. Von der „Schles. Ztg." werden die bezeichneten Angaben für vollkommen unbegründet erklärt.

Kiel. Das brasilianische Kriegsschiff „Majo" lief heute Morgen 6 Uhr 30 Min. in Holtenau ein. Es war bei Kilometer 39 gänzlich festgefahren und wurde erst durch das eingetretene Hochwasser frei. Die Kanalfahrt dauerte 40 Stunden, während sie sonst 11 Stunden in Anspruch nimmt.

Gera. Der Landtag lehnte den Antrag auf Strafverfolgung des Verlegers und Druckers des sozialdemokratischen Wahlflugblattes wegen Beleidigung des Ministeriums ab.

Gotha. Der Landtagsabgeordnete Bürgermeister Glaser aus Tambach wurde wegen Unterschlagungen zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt.

München. Die Kammer erledigte den Rest des bayerischen Militäretats und nahm einstimmig eine Resolution auf Verminderung der Zahl der Pensionirung der Offiziere an.

Wien. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Minister des Aeußeren hat sich in einem Gespräche mit einem Zeitungsberichterstatter dahin geäußert, daß die Frage betr. die zweiten Stationsschiffe noch in Berathung stehe, ein endgiltiger Beschluß also noch nicht gefaßt sei und somit die Nachricht der „Times", daß der Ministerrath dem Sultan einen bezüglichen Beschluß unterbreitet habe, nicht begründet sei. Der Zweck der für die europäischen Provinzen bestimmten Kommission sei, in den einzelnen Landbezirken von der Bevölkerung die Bedürfnisse zu erfahren, sowie die im Berliner Vertrage vorgesehenen Reformen einzuführen, um allgemein Beruhigung und Befriedigung zu erzielen. Weiter theilte der Minister mit, daß die Aufständischen in Zeitun einige Gefangene getödtet hätten und daß die Oberleitung der Operationen von dem bewährten General Edhem Pascha übernommen worden sei. Blutvergießen solle möglichst vermieden werden. In Hauran sei die Beruhigung beinahe erreicht. In Yemen handele es sich um gewöhnliche Räubereien lokaler Natur. Die finanziellen Wünsche der Kretenser würden befriedigt werden.

Paris. Die Akademie der Wissenschaften hat heute über die Zuertheilung des Preises von 25000 Frcs. beschlossen; das Ergebniß der Abstimmung wird aber erst in 8 Tagen bekannt gegeben.

Lodz. Die große Spinnerei von Gustav Geschmann brannte gestern Nacht mit sämmtlichen Vorräthen nieder. Der Schaden wird auf 300000 Rubel geschätzt. Brandstiftung wird vermuthet.

Washington. In der Jahresbotschaft bezeichnete Präsident Cleveland bei einer Besprechung der Handelsbeziehungen zu Deutschland die deutschen Schutzmaßnahmen gegen die Einfuhr von Vieh und Nahrungsmitteln als unvermehr ärgernißerregend, da kein europäischer Staat so vorsichtig die Nahrungsmittelausfuhr überwache wie Amerika. Die geschäftliche Ausschließung amerikanischer Versicherungsgesellschaften in Preußen werde engherzigen, lästigen und unvorhersehbaren Einschränkungen zugeschrieben. Trotz aller amerikanischen Nachsicht solchen Maßregeln gegenüber, brauche man dennoch eine ungerechte Differenzirung und vexatorische Beschränkung nicht stillschweigend hinzunehmen. Sollten ähnliche Gegeneinschränkungen, wie sie dem amerikanischen Handel aufgebürdet worden, offen bei Prüfung der Sachlage räthlich erscheinen, so sei der Weg zur Ermittlung derselben leicht. So lange die Nothwendigkeit dazu dem Volksgefühle widerspreche, müsse man sich jedoch hüten, solche Politik leichthin zu beginnen, da ein derartiges Vorgehen naturgemäß ernste Folgen haben könnte. Der Passus, welcher sich auf Deutschland bezieht, schließt mit freudiger Erwähnung der Anerkennung, die die amerikanische Flotte bei den Kieler Festlichkeiten gefunden hat. Schließlich wird die Aufmerksamkeit des Kongresses erneut darauf gelenkt, daß die Losmachung der Regierung von den lästigen und untraditionellen Verpflichtungen zur gemeinsamen Verwaltung Samoas wünschenswerth sei.

Die Berliner Börse verkehrte auch heute in ziemlich reservirter Haltung. Die Nachrichten von der Pariser Börse lauteten günstig; auch aus Wien waren feste Tendenzberichte eingelaufen, der Zahltag soll daselbst im Ganzen einen glatten Verlauf nehmen. Die hiesige Börse aber steht diesen Meldungen nach den trüben Erfahrungen in letzter Zeit recht kühl gegenüber. Im weiteren Verlaufe der Börse trat auf Realisationen und Abgaben eine Abschwächung ein. Auch die Jahresbotschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas verstimmte, da man eine Erschwerung der deutschen Ausfuhr nach Amerika nach derselben befürchtet; namentlich wirkten die ziemlich deutlichen Aeußerungen Cleveland's auf den Montan Aktienmarkt drückend zurück. Die Umsätze auf den meisten Gebieten waren belanglos. Ultimovergütung durchweg unbeträchtlich. Bank Aktien setzten fest ein, namentlich Kredit Aktien, Dresdner Bank, Nationalbank und Darmstädter Bank; in der zweiten Börsenstunde gingen jedoch die Kurse wieder etwas zurück. Eisenbahn Aktien lagen recht still, nur österreichische und schweizerische Bahnen einigermaßen beachtet. Am Montan-Aktienmarkt war, wie bereits angedeutet, die Tendenz schwach, besonders waren Hüttenwerthe gedrückt. Am Markt für fremde Renten waren Mexikaner auf Konvertirungsgerüchte und Türkenlose auf Pariser Meldungen fest. Heimische Anleihen lober. Der Schluß der Börse verlief in fester Haltung. Privatdiskont 2¾ Proz. Die Getreidebörse verkehrte in gut behaupteter Tendenz. Die heutigen kleineren Kündigungen von Roggen fanden glatte Aufnahme. Seitens des Konsums zeigte sich Kauflust. Weizen war in Realisationen etwas angeboten und kaum behauptet. Roggen und Hafer fest und höher. Spiritus bei stillem Geschäft eine Kleinigkeit nachgebend. — Wetter: Regnerisch. Südwestwind.

Frankfurt a. M. [illegible] Dresdner Bank [illegible] Italiener —. Reichsanleihe —. [illegible]

Paris. [illegible] Ottomanbank [illegible] Lombarden [illegible]

Paris. [illegible]

Amsterdam. [illegible] Weizen per März 171 [illegible]

London. [illegible] — Wetter: [illegible]

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Majestät die Königin, sowie Ihre Königl. Hoheit Prinzeß Mathilde beehrten gestern das Magazin des Hoflieferanten Robert Hoffmann mit einem Besuche. Ihre Hoheit Frau Herzogin von Schleswig Holstein besuchte vorgestern mit Tochter Prinzessin Feodora, Durchlaucht, und Freiin Röder von Diesburg die Secessionisten-Ausstellung bei Ernst Arnold, Hofkunsthandlung. Die Prinzessin Feodora besuchte auch das Magazin des Hoflieferanten Bernhard Schäfer, Pragerstraße. Prinzessin Mathilde, Königl. Hoheit, besuchte gestern das Geschäft von Leest und Eiller, Pragerstraße, sowie auch das Luxuswaarengeschäft von W. Wendt, Inhaberin Emma Reiter, Pragerstraße 1.

— Ihre Majestät die Königin beehrte das Magazin feiner Lederwaaren des Hoflieferanten Bernhard Schäfer, Pragerstraße, mit einem längeren Besuche, um Weihnachtseinkäufe zu machen.

— Ihre Majestät die Königin hat sich gestern Nachmittag in Begleitung der Hofdame Gräfin Kenttner v. Weil und des Oberhofmeisters v. Malortie nach Schloß Moritzburg begeben und wird voraussichtlich heute Abend mit Sr. Majestät dem König nach Villa Strehlen zurückkehren.

— Ihre Durchlaucht Prinzessin Feodora von Schleswig-Holstein beehrte vorgestern in Begleitung der Hofdame Freiin von Röder das Geschäft der Hoffriseure Hermann Keßner u. Sohn, Waisenhausstraße, um die Ausstellung von Neuheiten in hochfeinen Parfümerien, Toilette-Artikeln, sowie moderner Coiffuren für beginnende Karnevalsaison zu besichtigen.

— Die Gesammtstrecke bei der Königlichen Thiergarten-Jagd in Moritzburg betrug: 1 Zehnender, 13 Schaufler, 8 Stück Wild und 37 Sauen. Davon erlegte Se. Majestät der König: 1 Zehnender, 6 Schaufler, 3 Stück Wild und 24 Sauen.

— In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer gab zunächst Herr Abg. Mau als Vorsitzender der 1. Abtheilung bekannt, daß die Wahlen der Abgg. Ackermann, Niethammer, Rostosky, Stolle-Gesau und Teichmann geprüft und sämmtlich für giltig befunden worden seien. Hierauf erstattete Herr Abg. Hermann Bericht über eine Petition des Gutsbesitzer Seidel in Kaditzsch bei Grimma. Dieser ersucht um Wiederaufnahme eines Strafverfahrens, welches gegen ihn wegen Beleidigung des früheren Gemeindevorstandes Kurth anhängig gewesen ist, unter der Angabe, daß die von ihm genannten Zeugen nicht gehört und vereidet worden seien und ihm die Gelegenheit zur Führung des Wahrheitsbeweises ohne jeden Grund entzogen worden sei, und bittet ferner um Regelung der Wegebaupflicht in der Gemeinde Kaditzsch, da der alten Gemeinde eine rechtswidrige Beitragspflicht aufgebürdet worden sei. Die Prüfung der Vorgänge hat jedoch ergeben, daß die erstere Angelegenheit den Instanzenweg noch nicht durchlaufen hat und andererseits die Altgemeinde Kaditzsch nicht zur rechten Zeit Rekurs eingewendet hat. Sonach wurde beschlossen, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Denselben Bescheid gab die Kammer auf die Petition des Bergarbeiters Markert in Schedewitz um Wiederaufnahme eines Rechtsstreites seines Sohnes gegen seinen früheren Chef, welcher ihn ohne Grund entlassen habe. Der Berichterstatter Abg. Däbritz wies darauf hin, daß ein Grund vorgelegen haben müsse, gehe schon daraus hervor, daß Kläger in der zweiten Instanz wieder abgewiesen worden sei. — Nächste Sitzung heute Vormittag 11 Uhr.

— Der Konservative Verein hielt am Dienstag Abend in Meinhold's Sälen eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, an welcher sich auch der Allgemeine Handwerkerverein zahlreich betheiligte und mehrere Landtagsabgeordnete anwesend waren. Herr Hofrath Dr. Mehnert eröffnete die Versammlung mit begeisterten Worten, worauf Herr Buchdruckereibesitzer Jul. Maeser aus Leipzig sofort das Wort ergriff zu seinem Vortrag über „Wahrheiten und Irrthümer in der heutigen Gewerbepolitik". Redner ging davon aus, daß im wirthschaftlichen Leben eine mächtige Wandlung sich vorbereite, indem man anfängt, die liberalen Ansichten kritischer zu betrachten. Die Gewerbefreiheit sei aber entschieden nothwendig gewesen schon zur Klärung der Ansichten. Die Macht des deutschen Handwerks wurzele in seinem Fachschulwesen, seiner gewerblichen Ausbildung und selbst der Fabrikbetrieb habe auf diese Lehrlingsausbildung zurückgegriffen. Die Folgen der Gewerbefreiheit seien aber ebenso einschneidend für den Gesellen- und Gehilfenstand durch Weckung des Standesbewußtseins, welches sie in vernünftigen Schranken hielt. Den sozialdemokratischen Bestrebungen der Arbeiter gegenüber sei keinerlei Gewährung von Rechten angebracht, besonders nicht, wenn durch das Krankenversicherungsgesetz diese hochwichtige Institution an die Sozialdemokratie förmlich ausgeliefert werde; wohl dürfte es aber möglich sein, die Arbeiter durch eine berufliche Zwangsorganisation nach und nach zu gemeinschaftlicher Arbeit mit den Arbeitgebern wieder heranzuziehen und das schlummernde Standesbewußtsein auch der Arbeiter wieder zu wecken. Die Härten der Gewerbefreiheit werde man durch geeignete Maßnahmen bedeutend mildern können. Der Minister v. Berlepsch habe schon betont, dem Handwerk könne nur durch eine Zwangsorganisation geholfen werden. Eine Hauptaufgabe derselben werden Bestimmungen über den Arbeitslohn und die Fixirung des minimalen Verdienstes der Arbeitgeber sein müssen. Dem gegenüber habe man sich in die Forderung des Befähigungsnachweises verrannt. Dieser sei jetzt ebensowenig durchführbar wie früher und ein Hinderniß der gemeinsamen Arbeit des kleinen, mittleren und Großbetriebs innerhalb der Zwangsorganisation. Die vermeintliche Auflösung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb existire meist nur in den Köpfen der Gelehrten und der Sozialdemokraten. Es sei ein weitverbreiteter Irrthum, daß der Großbetrieb billiger arbeite wie der Kleinbetrieb und die Preise herunterdrücke. Die jüngeren kleineren Betriebe vielmehr arbeiteten mit geringeren Spesen und billigeren Arbeitskräften. Deshalb müsse auch der Großbetrieb mit in die Zwangsorganisation eingefügt werden, auf deren Einführung, seien es nun Innungen oder Genossenschaften, alle Bestrebungen gerichtet sein müssen. Den Befähigungsnachweis könne man sich für spätere Zeit aufheben. — An diesen nur mit theilweisem Beifall aufgenommenen Vortrag anschließend, kennzeichnete Herr Hofrath Dr. Mehnert seinen Standpunkt dahin, daß die unsaubere Konkurrenz von Leuten, die oft nicht einmal Handwerker seien, doch zum Festhalten an der Forderung des Befähigungsnachweises zwinge. Der Großbetrieb mit seinen Maschinen habe allerdings eine ganze Anzahl von Kleinbetrieben zu Grunde gerichtet. So böte in Dresden jetzt eine italienische Schuhwaarenfabrik das Paar Herrenstiefel zu 8 Mark an. Das Kapital wirke auf diese Weise verheerend in den Kreisen der Handwerker und mache diese zu Lohnsklaven (Beifall). In der Debatte vertrat Herr Buchdruckereibesitzer Ramm Leipzig den Standpunkt des Redners sehr energisch. Es solle sich Keiner etabliren, der nicht genau berechnet habe, ob er auch vorwärts kommen werde. Die Gewerbefreiheit habe unzweifelhaft eine neue Welt geschaffen, und die konservative Partei solle nur ihre Auswüchse beseitigen. Herr Stadtrath Wetzlich stellt sich auf den Boden der Ausführungen des Vorsitzenden und giebt die Parole aus: das Handwerk für den Handwerker. Auch die Aerzte, die die Zwangsorganisation bekommen sollen, ständen ja auf dem Boden des Befähigungsnachweises, der ja jetzt sogar bei den Subalternbeamten verlangt werde. Herr Geh. Hofrath Ackermann äußerte sich, die beiden Leipziger Herren beurtheilten die Zeitfragen einseitig von ihrem eigenen Gewerbe aus, welches sich schon viel mehr dem Großbetriebe nähere, wenn es nicht gar eine Kunst sei. Wenn der Vortragende obligatorische Innungen wolle, so müsse er zugleich auch den Befähigungsnachweis einschließen. Mit der Zwangsinnung vertrügen sich auch keine Zwangspreise. Nachdem noch Herr Bäckerobermeister Hauswald für die Innungen eingetreten war, lenkte Herr Kammerherr von Blumenthal die Aufmerksamkeit auf die Nothwendigkeit der Einigkeit unter den Handwerkern. Herr Ramm tadelte noch die schiefe Behandlung dieser Fragen durch die Gelehrten der Nationalökonomie und Herr Hofrath Dr. Mehnert betonte, daß mit der Zwangsorganisation auch der Befähigungsnachweis verbunden sein müsse. Die Entscheidung liege aber auf dem Gebiete der Reichspolitik. Die konservative Partei werde Erhöhung der Beiträge für die gewerblichen Fachschulen im Landtage beantragen und Unterstützung von Genossenschaften durch Staatsmittel. Herr Maier erklärte, er sei der Meinung, daß Niemandem benommen sein solle, ein Gewerbe zu betreiben, ohne daß er Meister zu sein brauche. — Hierauf richtete noch Herr Kaufmann Porack eine kurze Aufforderung an die Versammlung, bei Weihnachtseinkäufen in reellen Geschäften zu kaufen und nicht zu fragen, was die Waare kostet, sondern was sie werth ist. Vor Allem aber, fügte der Herr Vorsitzende hinzu, müßten die Frauen dazu bewogen werden. Gegen 11 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

— Von den in Aussicht genommenen einmaligen Ausgaben im Reichshaushalts-Etat 1896/97 entfallen folgende auf Sachsen: Die Reichspost betreffend: Zur Erweiterung des Postgrundstückes am Augustusplatze in Leipzig, 3. und letzte Rate 780,000 Mk.; zur Erweiterung eines Bauplatzes und zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Bautzen, 2. Rate (1. Baurate) 80,250 Mk.; zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Döbeln, 2. Rate 80,000 Mk.; zur Herstellung eines neuen Postdienstgebäudes auf dem Abstellbahnhofe in Dresden, 1. Rate 200,000 Mk.; zu einem Um- und Erweiterungsbaue auf dem Postgrundstück am Augustusplatze in Leipzig, 1. Rate 125,000 Mk.; zur Erwerbung eines Grundstückes in Großenhain 189,000 Mk. Die fortdauernden Ausgaben des Reichsgerichts sind auf 1,625,744 Mk. (+ 7458 Mk.), dessen Einnahmen an Gerichtskosten auf 500,300 Mk. veranschlagt. Der Etat für das Königl. sächs. Reichs-Militär-Kontingent weist an eigenen Einnahmen 256,718 Mk., an fortdauernden Ausgaben 33,008,953 Mk. (+ 1,171,088 Mk.), an einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat 4,404,360 Mk. (+ 1,689,200 Mk.), im außerordentlichen Etat 540,000 Mk. (— 905,750 Mk.) aus. Als einmalige Ausgaben sind folgende Aufwendungen vorgesehen: Neubau von Magazinanlagen in Leipzig, 2. Rate 150,000 Mk.; Neubau und Geräthausstattung eines Gebäudes für das Kriegsarchiv in Dresden, 2. Rate (1. Baurate) 80,000 Mk.; Neubau und Ausstattungsergänzung eines Kasernements nebst Zubehör für ein Bataillon Infanterie, sowie einer Garnison-Waschanstalt in Zittau, letzte Rate 210,000 Mk.; Neubau und Geräthausstattung einer Garnisonkirche in Dresden, 3. Rate 300,000 Mk.; Neubau und Ausstattungseinrichtung eines Familienwohnhauses und eines Wirthschaftsgebäudes für das Kasernement eines Infanterie-Regiments in Dresden, 1. Rate (für Entwurf und Baubeginn) 200,000 Mk. Es handelt sich dabei um das Schützen- (Füsilier-) Regiment Nr. 108, für das die Zahl der Verheiratheten-Wohnungen auf die auch sonst gewährte Zahl von 2 für jede Kompagnie gebracht werden soll. Ungefähre Gesammtkosten 270,000 Mk.; Vergrößerung und Einrichtung des Artillerie-Schießplatzes bei Zeithain zu einem Truppenübungsplatze, sowie zur Herstellung und Beschaffung der nothwendigen Lagereinrichtungen einschließlich Geräthausstattung, 2. Rate 2,500,000 Mk.; Herstellung eines Verbindungsgleises vom Bahnhofe in Röderau nach dem Barackenlager des Truppenübungsplatzes bei Zeithain (einschließlich Grunderwerb), 1. Rate 60,000 Mk. (Anschlagssumme 100,000 Mk.); zur Beschaffung von Räumen für die theilweise Unterbringung einer Kavallerie-Division auf dem Truppenübungsplatze bei Zeithain, 1. Rate 150,000 Mk.; Geräthausstattung der von der Stadt Leipzig zu erbauenden Kaserne für ein Regiment Kavallerie, voller Bedarf 103,000 Mk.; Neubau und Ausstattungsergänzung eines Garnisonlazarethes in Leipzig für die Gesammt-Normalkrankenzahl von 300 Köpfen, 1. Rate (für Grunderwerb und Entwurf (170,000 Mk.) annähernde Gesammtkosten 1,530,000 Mk.); Neubau eines Garnisonlazareths in Grimma, letzte Rate 55,000 Mk.; Neubau eines Garnisonlazareths in Borna, letzte Rate 92,000 Mk.; Neubau und Ausstattungsergänzung eines Lagerhauses für Sanitätsdepot-Bestände in Dresden, 1. Rate (für Grunderwerb und Baubeginn) 80,000 Mk. (Anschlagssumme 125,000 Mk.); Neubau eines Schulgebäudes für das Kadettenkorps in Dresden, Veränderungsbauten in vorhandenen Gebäuden dieser Anstalt und Ergänzung der Ausstattung, voller Bedarf 180,000 Mk. Die Etatsstärke des sächsischen Militärkontingents ist auf 1503 Offiziere, 5461 Unteroffiziere (83 Zahlmeisteraspiranten, 409 Spielleute, 131 Lazarethgehilfen, 4835 sonstige Unteroffiziere), 33,960 Gemeine (1098 Spielleute, 135 Unter-Lazarethgehilfen, 614 Oekonomie-Handwerker, 32,113 Kapitulanten, sonstige Gefreite und Gemeine), 141 Militärärzte, 73 Zahlmeister, 41 Roßärzte, 72 Büchsenmacher und Waffenmeister, 6 Sattler, sein Bestand an Dienstpferden auf 6252 Stück beziffert.

— Der von Herrn Pfarrer Werner aus Beckendorf am Dienstag Abend im „Musenhaus" gebotene Vortrag über „Die Stellung des evangelischen Geistlichen in den sozialen Kämpfen der Gegenwart" hatte sich eines vollbesetzten Saales zu erfreuen. Der Herr Vortragende bezeichnete die Frage, ob und inwieweit der evangelische Pfarrer selbstthätig an den sozialen Kämpfen theilzunehmen habe, als eine noch in hellen Flammen stehende. Die Beweggründe, mit denen man an die Frage herantrete, seien ebenso verschieden, wie die Ergebnisse ihrer Diskussion, denn selbst im Lager der sog. Gutgesinnten berührten sich die Gegensätze hierin oft nur allzuschroff. Um prinzipielle Gesichtspunkte zu gewinnen, müsse man auf die Bibel selbst zurückgehen, und der evangelische Geistliche könne bei so wichtigen Fragen nur auf das Evangelium fußen. Die Mission Christi sei ihrer innersten Natur nach zwar eine geistig religiöse und in erster Linie darauf gerichtet gewesen, der Menschheit ein unverlierbares Glück, d. h. die innere, von irdischem Glück unabhängige geistige Seligkeit zu geben, er habe aber auch selbstthätig in die sozialen Verhältnisse des Volkes eingegriffen, habe Lahme und Blinde geheilt und dieselben dadurch wieder arbeitsfähig gemacht. Entgegen dem Ausspruche eines von falschem Bildungsstolz beseelten Heiden „Ich hasse das Volk und halte mich fern" habe sich der Heiland des Volkes erbarmt und dasselbe nicht nur mit erbaulichen Worten, sondern auch mit Brot und Fischen gespeist. Er habe sich aber nicht schmeicheln lassen und sei wohl als größter Volksmann, aber nicht als Volksführer und Proletarierkönig über die Erde gegangen. Selbst in die öffentliche Ordnung habe er mit kräftiger Hand eingegriffen und sich nicht gescheut, die Wechsler aus dem Tempel zu treiben und den Wucher zu bekämpfen. Das soziale Christenthum von heute erblicke hierin gleichsam ein biblisches Modell und lege in Bezug auf die pastorale Thätigkeit besonderes Gewicht auf die Bedeutung der Persönlichkeit, auf die Macht der Individualität. Die Kanzel sei nicht unbeliebt, vielleicht aber ein gewisser Kanzelton. Eine verbindliche Regel für die pastorale Thätigkeit sei freilich nicht aufzustellen, da hier eine Menge Dinge, persönliche Begabung, Takt, persönliche Stellung rc. eine Rolle zu spielen berufen und nicht alle Pfarrer mit einem Maßstab zu messen seien. Die beiden vornehmsten Aufgaben des Geistlichen beständen eben darin, die bereits im Christenthum Stehenden darin zu vertiefen und die Draußenstehenden hereinzuziehen. Redner erinnerte im weiteren Verlaufe seines Vortrags an die Parteikämpfe Luthers, der in seiner sozialen Thätigkeit als Professor und Pfarrer beispielsweise den Kornwucher bekämpft habe und, wenn er heute noch lebte, wohl darauf dringen würde, daß man gewisse Leute wie Cahn und Rosenberg des Landes verweise. Redner ging dann näher auf die gegen die soziale Thätigkeit der Geistlichen gerichteten Einwände, wie „Der Pfarrer gehört auf die Kanzel", „Politik verdirbt die Charaktere" rc. ein, indem er betonte, daß der erstere Einwand nur allzuoft von Leuten erhoben werde, die überhaupt niemals unter die Kanzel kommen. Die Zeit des pastoralen Stilllebens, in der die Seelsorger sich von den Konfirmanden noch Schlummerrollen schenken ließen, sei vorbei und an seine Stelle der Kampf getreten, ohne den in der Welt nichts erreicht werde. Der Einwand, daß die Stellung des Pfarrers sich mit der Politik nicht vertrage, sei als nicht stichhaltig zu bezeichnen, denn dann könne schließlich gegen jeden Stand, Beamte, Lehrer, Großindustrielle, Arbeiter und Handwerker derselbe Einwand erhoben werden. Die Kirche, so schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag, muß machtvoll sein, worunter aber keine willkürliche Priesterherrschaft, sondern nur eine väterliche Gewalt zu verstehen ist.

— Erste Kammer. Donnerstag, den 5. Dezember Mittags 12 Uhr. 1) Vortrag aus der Registrande und Beschlüsse auf die Eingänge. 2) Bericht der ersten Deputation über den Entwurf zu einem Gesetze wegen Abänderung der Bestimmungen unter 7 und 9 in § 2 des Civilstaatsdienergesetzes vom 7. März 1835.

— Zweite Kammer. Donnerstag, den 5. Dezember, Vormittags 11 Uhr. 1) Schlußberathung über die Petition des Gemeinderaths zu Gelenau um Dispensation von der Bestimmung des § 23 Absatz 2 der revidirten Landgemeindeordnung, die Heranziehung des festen Diensteinkommens nach ¾ zu den Gemeindeanlagen. 2) Schlußberathung über die Petition des Amtsgerichts-Kontroleurs Baumgärtel in Zschopau und Genossen, authentische Interpretation des § 30 der revidirten Städteordnung.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Reichshaushaltsetat für das Etatjahr 1896/97, der einen wichtigen Berathungsgegenstand für den zusammengetretenen Reichstag bilden wird, schließt in Ausgabe wie in Einnahme mit je 1,259,901,749 M. (gegenüber dem Voretat + 20,651,308 M.) ab. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus 1,136,303,228 M. (+ 20,218,971 M.) an fortdauernden Ausgaben, 93,581,000 M. (+ 6,793,382 M.) an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und 30,017,521 M. (— 8,787,663 M.) an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats. Von den fortdauernden Ausgaben entfallen 478,930,195 M. (+ 6,717,800 M.) auf die Verwaltung des Reichsheeres, 55,301,466 M. (+ 129,973 M.) auf die Verwaltung der Kaiserl. Marine. Unter den Einnahmen stehen die Zölle und Verbrauchssteuern mit 634,664,830 M. (+ 7,661,410 M.) obenan. Hiervon entfallen 366,098,000 M. (+ 7,526,000 M.) auf Zölle, 11,191,000 M. (— 140,000 M.) auf Tabaksteuer, 80 Millionen Mark auf Zuckersteuer, 44,540,000 M. auf Salzsteuer. Die im Königreiche Sachsen für Reichsrechnung zu erhebenden Zölle und Verbrauchssteuern sind dabei auf 44,677,110 M. veranschlagt, und zwar 33,748,570 M. Zölle, 140,100 M. Tabaksteuer, 1,245,000 M. Zuckersteuer, 1,237,000 M. Salzsteuer, 69,700 M. Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer, 5,172,800 M. Verbrauchsabgabe vom Branntwein und Zuschlag dazu, — 185,550 M. Brennsteuer, 3,249,490 M. Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier. Die Reichsstempelabgaben sind mit 61 Millionen Mark (+ 6,371,000 M.) eingestellt, wovon 1,328,000 M. (+ 114,000 M.) auf den Spielkartenstempel, 7,836,000 M. (+ 109,000 M.) auf die Wechselstempelsteuer, 51,082,000 M. (+ 6,212,000 M.) (auf die Stempelabgabe für Werthpapiere, Kaufgeschäfte rc. und Lotterielose, 754,000 M. (+ 34,000 M.) auf die statistische Gebühr kommen. Für das Königreich Sachsen sind dabei veranschlagt die an die Reichskasse abzuführenden Einnahmen aus dem Spielkartenstempel mit 75,050 M., die Bruttoeinnahmen aus der Wechselstempelsteuer mit 738,000 M., wovon die sächsische Staatskasse 2 Proz. Antheil mit 14,760 M. erhält. Die Matrikularbeiträge sind mit 413,331,276 M. (+ 17,331,209 M.) veranschlagt, wovon auf das Königreich Sachsen 27,258,023 M. entfallen. Diesen Matrikularbeiträgen stehen an Ueberweisungen aus den Zöllen, der Tabaksteuer, der Verbrauchsabgabe für Branntwein und dem Zuschlage dazu sowie aus den Reichsstempelabgaben an die einzelnen Bundesstaaten 387,472,000 M. (+ 13,697,000 M.) gegenüber. Auf das Königreich Sachsen entfallen hiervon 27,458,730 M., was einen Mehrbetrag von 200,807 M. gegenüber dem Matrikularbeitrage bedeuten würde. Als außerordentliche Deckungsmittel sind 30,017,521 M. (— 16,361,045 M.), darunter 28,517,321 M. (— 14,379,500 M.) aus Anleihe, vorgesehen. Die Etatstärke des deutschen Heeres ist auf 22,687 Offiziere, 78,054 Unteroffiziere (1207 Zahlmeisteraspiranten, 6066 Spielleute, 1930 Lazarethgehilfen, 68,851 sonstige Unteroffiziere), 479,229 Gemeine (15,647 Spielleute, 1927 Unterlazarethgehilfen, 7227 Oekonomiehandwerker, 454,428 Kapitulanten, sonstige Gefreite und Gemeine), 2090 Militärärzte, 1102 Zahlmeister, Militär-Musikinspizienten, Werkstättenvorsteher bei der Luftschifferabtheilung, 578 Roßärzte, 1061 Büchsenmacher und Waffenmeister, 93 Sattler beziffert. Der Bestand an Dienstpferden ist mit 97,378 Stück angenommen. Bei der Post- und Telegraphenverwaltung bilden die mit 272 Mill. M. (+ 13 Mill. M.) veranschlagten Porto- und Telegraphengebühren den Haupttheil der mit überhaupt 294,262,327 M. bezifferten Einnahmen. Der Mindestgehalt der Postinspektoren erscheint von 2700 M. auf 3000 M. erhöht. Im Ganzen ergiebt sich aus den Zugeständnissen für die Beamten und Unterbeamten der Post schon für das nächste Etatjahr eine Mehrausgabe von etwa 600,000 Mark.

Zu der Thronrede bemerken die „Hamb. Nachr.": „Das hervorstechendste Merkmal dieser Thronrede ist ihr qualifizirtes Schweigen über die künftige Behandlung der Sozialdemokratie. Man muß danach annehmen, daß die Regierung auf jeden weiteren Versuch eines Vorgehens gegen die sozialrevolutionäre Partei auf legislativem Wege Verzicht leistet. Wir müssen es uns versagen, den Empfindungen Ausdruck zu geben, mit denen uns nach Lage der Dinge und nach den wiederholten kaiserlichen Aufforderungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie diese Passivität der